

Grüne Wirtschaft ohne Unpopuläres

Die Initianten legen ihre Ideen zur Umsetzung ihres Vorstosses vor

Die Initiative zur Grünen Wirtschaft ist laut den Absendern ohne neue Steuern und Konsumeinschränkungen umzusetzen. Kritiker orten eine «massive Verharmlosung».

HANSUELI SCHÖCHLI

Man stelle sich vor, ein Wirtschaftsverband starte eine Volksinitiative, welche Folgendes in der Bundesverfassung verankern will: «Der Wohlstand jedes Bürgers verdreifacht sich bis 2050.» Das wäre politisch attraktiv, denn wer kann schon gegen mehr Wohlstand sein. Doch es wäre völlig unklar, ob die Schweizer zwecks Zielerreichung zum Beispiel 80 Stunden statt nur 42 Stunden pro Woche arbeiten müssten und ob sich die Umweltbelastung vervielfachen würde.

Initiative «Grüne Wirtschaft»

Eidgenössische Abstimmung
vom 25. September 2016

Etwa so kommt man sich bei der Volksinitiative zur Grünen Wirtschaft vor. Demnach darf die Schweiz ab 2050 die Umwelt nur noch so stark belasten, dass die Erde bei gleicher Belastung durch die ganze Weltbevölkerung nicht daran zugrunde ginge. Auch gegen ein solches Ziel kann man nicht wirklich sein. Doch wie wäre es umzusetzen?

Beruhigungspillen für Bürger

Die Initianten haben nun wenigstens einige Stichworte zu ihren Vorstellungen publiziert. Politisch klingt die Sache ziemlich attraktiv, denn Unpopuläres soll demnach nicht nötig sein. So geht es laut den Initianten nicht um neue Steuern oder Lenkungsabgaben und auch nicht um eine Senkung des Konsums. Das mag erstaunen, weil der im



Die Wirtschaft soll weiter wachsen können.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Initiativtext erwähnte Massstab der Umweltbelastung («ökologischer Fussabdruck») auf die Betrachtung des Konsums abstellt. Die Botschaft der Initianten dazu lässt sich etwa wie folgt übersetzen: Niemand müsse auf Fleisch oder Flugreisen verzichten, aber die Produktion von Gütern und Dienstleistungen soll umweltfreundlicher werden. «Wir setzen nicht auf Verhaltensänderungen, sondern auf Technologieförderung», sagt der Zürcher Nationalrat Bastien Girod (Grüne). Den Initianten schwebt demnach unter anderem ein «Innova-

tionsförderprogramm für die Grüne Wirtschaft» mit Subventionen von «mindestens 50 Millionen Franken pro Jahr» vor. Als Grundlage für die Umsetzung der Initiative sehen die Initianten den im Parlament gescheiterten Gegenvorschlag des Bundesrats. Die wichtigsten Elemente jenes Gegenvorschlags seien die Berücksichtigung des ökologischen Rucksacks der importierten Produkte, ökologische Mindeststandards für kritische Stoffe, die Ausweitung der Sammelpflichten für Wiederverwertungen, die hohe Gewichtung der stoff-

lichen Verwertung (statt Verbrennung) und Verbindlichkeitserklärungen für Branchenvereinbarungen. Die Klimapolitik der Schweiz soll sich derweil nach den Zielen der globalen Klimakonferenz in Paris ausrichten. Allein mit «Paris» lasse sich das Ziel der Volksinitiative bereits erfüllen, sagt Bastien Girod. Auf die Frage, wozu es die Volksinitiative denn brauche, verweist er auf möglichen Widerstand des Parlaments gegen die Umsetzung von «Paris».

Subventionen, Standards, Informationspflichten, Gebote und Verbote:

Das scheinen die Stossrichtungen der Initianten zu sein. «Mit Lenkungsabgaben wird genau das ökonomisch sinnvollste Instrument ausgeklammert», sagt der Berner Volkswirtschaftsprofessor Aymo Brunetti. «Nervös» wird er beim Begriff «Innovationsförderprogramm»: Hier befürchtet er «eine zusätzliche bürokratische Subventionsmaschine mit kleinem Wirkungsgrad». Die Sache erinnert an die Vorlage zur Energiewende, bei welcher der Bundesrat mit dem Aufbau einer politisch gut verkaufbaren Subventionswirtschaft begann, das Unpopuläre (ökologische Steuerreform) aber auf später verschob.

Der Wirtschaftsverband Economiesuisse ortet derweil eine «massive Verharmlosung» durch die Initianten. Das Schweizer Versprechen zur Reduktion der CO₂-Emissionen um 50 Prozent bis 2030 mache erst etwa 40 Prozent des Initiativziels aus. (Die Initianten unterstellen dagegen kühn, dass bis 2050 alle Staaten die Emission von Treibhausgasen um 80 Prozent senken.) Economiesuisse unterstützt das bundesrätliche Ziel der Emissionssenkung, doch solle man die Verteilung auf inländische und ausländische Reduktionen offenlassen. Die Volksinitiative lässt im Prinzip laut Initianten und Bundesrat die Anrechnung ausländischer Reduktionen zu.

Im Ausland viel billiger

Für Wirtschaftsprofessor Brunetti ist bei den Klimazielen entscheidend, inwieweit Emissionssenkungen im Ausland anrechenbar seien, da Reduktionen im Ausland massiv billiger seien als im Inland. «Und dem Klima ist es egal, ob die Senkungen im Inland oder Ausland passieren.» Aus dem jüngsten Bundesbericht von Ende August zur Klimapolitik lässt sich mutmassen, dass mittelfristig die Kosten für Emissionssenkungen im Inland pro Tonne CO₂ etwa fünf- bis zwanzigmal so hoch sein könnten wie im Ausland.